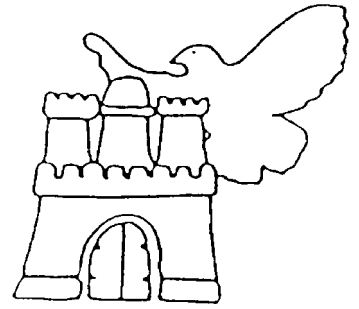


# HAMBURGER FORUM

## RUNDBRIEF NR. 06 / 13

[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

20. Oktober 2013

die drohende US-Intervention im syrischen Bürgerkrieg verschaffte unserer **Antikriegstagsdemonstration** in diesem Jahr mit etwa 800 TeilnehmerInnen eine etwas gewachsene Beteiligung. Mittlerweile ist die unmittelbare Gefahr eines solchen Eingreifens geringer geworden, der Bürgerkrieg hält aber unvermittelt an. Das Thema bleibt uns also weiter erhalten. Die Breite der Beteiligung, wie sie sich etwa an der RednerInnenliste ablesen lässt, korrespondiert leider nicht mit der Zahl der Beteiligten an der Vorbereitung der Demonstration. Das wollen wir im nächsten Jahr versuchen, anders zu machen. Unerfreulicher als gewohnt, war das Auftreten der Polizei, die auf dem Jungfernstieg der Meinung war, uns mit einer Kette aus PolizistInnen vom Verkehr der anderen Fahrbahn trennen zu müssen, was zu einem etwas martialischen Anblick führte. Insgesamt bleibt ein positives Fazit: Wir haben unser Nein zur militarisierten Außenpolitik im Rahmen unserer Möglichkeiten sichtbar machen können. Wir nutzen unseren Rundbrief, um eine erste Folge der **Reden** abzudrucken, die auf der Demonstration gehalten wurden. Was in diesem Rundbrief keinen Platz fand, werden wir in der nächsten Ausgabe bringen.

Zum Thema Syrien findet ihr eine Einschätzung der jüngsten **Syrien-Resolution** des UN-Sicherheitsrats vom Bundesausschuss Friedensratschlag.

Mittlerweile haben wir schon mit den Vorbereitungen auf den **Ostermarsch** am 21.4.2014 begonnen (Ostermontag). Mit Lühr Henken, einer der Sprecher des Bundesausschuss Friedensratschlag konnten wir uns einen prominenten Redner sichern. Wir wollen wieder eine breite Debatte über den Aufruf ermöglichen, weshalb wir in einem der nächsten Rundbriefe einen ersten Entwurf veröffentlichen wollen.

Zurzeit beschäftigen wir uns jedoch mit der **Drohnenproblematik**. Wenn ihr diesen Rundbrief lest, liegt die Veranstaltung mit dem amerikanischen Aktivisten Brian Terrell schon etwas zurück, bei der wir Mitveranstalter waren. Es folgt nun eine Buchvorstellung:

### **Töten per Fernbedienung – Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg** **7. November, 19.30 Uhr, Barmbek Basch, Wohldorfer Straße 30**

Auf der letzten Seite findet ihr zu dieser Veranstaltung ein **Flugblatt**, das gerne als Kopiervorlage genutzt werden kann. Die Unterschriftensammlung zur Ächtung von Kampfdrohnen wird fortgesetzt.

Der diesjährige **friedenspolitischen Ratschlag** findet am **7. und 8. Dezember** wieder in Kassel statt. Näheres auf der nächsten Seite unter Aktionen und Termine.

Die Initiative **Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!** und ihre UnterstützerInnen bereiten eine breit angelegte, angemeldete **Demonstration** gegen die menschenverachtende Politik des Senats vor:

### **Demonstration: Sonnabend, 2. November, 14 Uhr, Hauptbahnhof / Hachmannplatz**

Sie soll möglichst viele Menschen, unabhängig von ihre sonstigen weltanschaulichen oder politischen Positionen, um für die Lampedusaflüchtlingen einen menschenwürdigen juristisch abgesicherten unbefristeten Aufenthalt in Hamburg zu fordern. Weitere Informationen unter: [www.lampedusa-in-hamburg.tk](http://www.lampedusa-in-hamburg.tk)

Wer sich stärker engagieren möchte, sei abschließend auf unsere **Vorstandssitzungen** mit Gästen hingewiesen, bei denen wir Informationen austauschen und Formen und Inhalte unserer Aktionen diskutieren. Sie finden am Dienstag jeder geraden Kalenderwoche statt:

### **Dienstag, den 29.10.2013, den 12.11.2013, den 26.11.2013 und den 10.12.2013, 19.15 Uhr** **Curio-Haus – Rothenbaumchaussee 15 – Hinterhaus**

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit freundlichen Grüßen

*Wolfgang Kirstein + Markus Gunkel*

---

## Aktionen und Termine

---

Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!

**Demonstration: Sonnabend, 2. November, 14 Uhr  
Hauptbahnhof / Hachmannplatz**

Wir kämpfen für unser Recht! – We fight for our right!  
Nous luttons pour notre droit!

Wir, Arbeiter in Libyen, waren Teil der Zivilbevölkerung. Wir wurden zum Angriffsziel von allen Kriegsparteien. Die NATO behauptet, sie wüssten nichts von zivilen Opfern durch ihre Bombardierungen. Jemand, der aus tausenden Metern Höhe Bomben auf bevölkerte Gebiete abwirft, den interessieren zivile Opfer nicht. Wir haben die Detonationen am eigenen Körper gespürt. Wir haben die Toten in den Straßen gesehen.

Als im März 2011 die Bombardierungen der NATO zur Unterstützung der bewaffneten Gegner des Regimes begannen, eskalierte der Krieg. Weil keiner Kriegspartei zugehörig, wurden wir von allen Seiten verdächtigt und beschuldigt. Insbesondere die Propagandalüge der Gaddafi-Gegner „Schwarze sind Söldner des Regimes“ hat vielen von uns das Leben gekostet. Von allen Seiten wurden wir bedroht und ausgeraubt. Alle Wege zu den Grenzen der Nachbarländer waren gesperrt, bzw. wurden umkämpft oder bombardiert. Die Flughäfen waren dicht. Wir liefen um unser Leben und versteckten uns in unseren Wohnungen. Manchmal waren es libysche Freunde, die uns an die Küste brachten, um uns und sich selbst aus der Gefahr zu bringen. Viele wurden vom Militär unter Zwang kleine Schiffe und Schlauchboote gebracht.

In Lampedusa waren wir 7.000 Personen in einem Lager für etwa 900 Personen. Dennoch bemühen sich die Leute dort. Aber sie bekommen aus der EU keine Unterstützung. Das Dublin 2 System - Verbleib im Land der Erstankunft – verletzt unsere Menschenrechte. Es zwingt uns auf der Straße zu leben und zu sterben. Nach Anerkennung unseres Flüchtlingsstatus hat Italien uns im Winter 2012 auf die Straße geworfen. Sie haben uns aufgefordert, Italien zu verlassen. Sie sagten: die EU ist groß, geht und findet euren Weg. Hier gibt es nichts mehr für euch. Und so war es dann, mit nichts im Schnee und Eis haben wir uns auf den Weg gemacht, nach Frankreich, Skandinavien, Schweiz, Deutschland. Wir sind anerkannte Flüchtlinge aus einem Krieg, an dem die Europäischen Staaten sich beteiligt haben und dennoch tun sie so, als würden wir nicht existieren. Aber wenn wir uns zeigen und unsere Situation sichtbar machen, will man uns abschieben. In Italien können wir betteln, hungern, stehlen, Straßenjunge werden oder einfach sterben, Hauptsache, das Dublin II System wird umgesetzt. Es ist schmerzhaft, nachdem wir in Libyen unser Leben stabilisieren konnten, erneut ums Überleben kämpfen müssen – in den Ländern, die sich als große Demokratien bezeichnen.

Es ist wie wenn jemand dir sagt, nachdem du aus dem Feuer geflohen bist, dass du wieder ins Feuer musst. Ohne den Krieg in Libyen und ohne die katastrophale Menschenrechtsslage für Flüchtlinge in Italien, wären wir nicht hier. Wir sind erschöpft und zermürbt von einer langen unfreiwilligen und grauenhaften Reise. Wir suchen ein

Ende der Verweigerung unseres Lebensrechts. Wir sind hier, um zu bleiben.“

---

### Friedenspolitische Ratschlag 2013 in Kassel 7. und 8. Dezember 2013.

Am Vorabend (Freitag, 6. Dezember): Kultur-Veranstaltung für alle, die schon da sind, mit einen Brecht-Tucholsky-Programm allererster Güte.

**1914 – 2014 Umbrüche und Kontinuitäten**

**100 Jahre Weltkriege – Kalter Krieg**

**„Krieg gegen den Terror“**

**100 Jahre Friedensbewegung – Niederlagen und Erfolge**

Zwei Tage mit vier Plenarveranstaltungen und bis zu 27 Foren/Workshops. Nähere Informationen und Anmeldung demnächst unter: [www.ag-friedensforschung.de/rat](http://www.ag-friedensforschung.de/rat)

---

## Antikriegstag 2013

---

Im Folgenden veröffentlichen wir einige Redebeiträge, die während der Demonstration zum Antikriegstag am 31. August gehalten wurden – nächstes Mal mehr.

### Peter Schenzer für das Hamburger Forum bei der Auftaktkundgebung

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde, vor 74 Jahren, am 1. September 1939, begann der 2. Weltkrieg mit dem von Hitler-Deutschland inszenierten Überfall auf den Sender Gleiwitz an der deutsch-polnischen Grenze. Vom Nazi - Propagandaministerium wurde die Lüge verbreitet: „Ab 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“.

Das erste Opfer eines Krieges war wie immer die Wahrheit. So jetzt auch bei den Drohungen der USA und ihrer engsten Verbündeten, Syrien kurzfristig militärisch anzugreifen. Gegenüber den von der westlichen Allianz verbreiteten unbewiesenen Schuldzuweisungen, dass es syrische Regierungstruppen waren, die Giftgas eingesetzt haben, sind Zweifel anzumelden: Professor Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt der Universität Mainz, äußerte kürzlich in Radiointerviews, dass ein solcher Giftgaseinsatz dem Assad-Regime in keiner Weise nütze, vor allem nicht, wo die UN-Giftgasexperten noch im Einsatz seien. Er führte u. a. aus: *„Was wir hier erlebt haben, ist ein Massenmord mit dem einzigen Ziel, diesen Massenmord dem Regime anzulasten und damit die USA unter Druck zu setzen, hier einzugreifen. Es ist ganz klar nachgewiesen, dass die Rebellen in der Lage sind, chemische Kampfmittel einzusetzen.“*

Nach dem Überfall auf den Sender Gleiwitz gibt es eine lange Tradition von Kriegslügen:

- Mit dem Tonking-Zwischenfall, dem angeblichen Beschuss eines US-Zerstörers, haben die USA die Bombardierung Nordvietnams begründet,
  - das sog. Racak-Massaker, wo UCK-Terroristen im Kampf Gefallene als ermordete Zivilisten hinstellten, diente u. a. als Vorwand für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien,
  - mit angeblich von irakischen Soldaten aus den Brutkästen geworfenen kuweitischen Babys, im US-Fernsehen beklagt von einer Krankenschwester, die später als in den USA lebende Tochter des kuweitischen Botschaf-
-

ters enttarnt wurde, wurde neben den angeblichen Massenvernichtungswaffen Sadam Husseins der zweite Golfkrieg begründet.

- Erinnert sei hier auch daran, dass vor zehn Jahren die CIA mit der Aussage eines BND-Informanten behauptete, dass der Irak über Biowaffen verfügt. Das war damals die Rechtfertigung von Präsident Bush für den Angriffskrieg gegen den Irak. Heute haben wir eindeutig Gewissheit: Das war eine dreiste Lüge!

Die Liste ließe sich fortsetzen. Nie ging es um den Schutz von Menschenrechten. Es ging und geht doch nur immer wieder um Rohstoffe, Einflusszonen, Profite der Rüstungskonzerne und Waffendealer!

Jugoslawien wurde zerschlagen, der Irak, Afghanistan, Libyen wurden destabilisiert, ethnische und religiöse Bevölkerungsgruppen dort in blutige, kriegerische Auseinandersetzungen gehetzt. Ergebnis der sogenannten humanitären Kriegseinsätze waren und sind für die große Mehrheit der Bevölkerungen dieser Länder nichts anderes als unvorstellbares Leid, Armut und Tod.

Und jetzt soll Syrien aufgrund der geostrategischen und imperialen Interessen von USA, NATO und EU in kleine, ethnisch gebundene Gebiete und Kleinststaaten zerlegt werden. Ein Angriff der US-Armee und einer sog. „Koalition der Willigen“ mit Marschflugkörpern droht einen Flächenbrand auszulösen. Und Deutschland ist an den Kriegsvorbereitungen beteiligt:

- Die deutsche Marine patrouilliert vor der libanesischen Küste, und in der Türkei sind an der Grenze zu Syrien deutsche Patriot-Raketen stationiert.
- Auch die BRD hat in Syrien zur Eskalation des Konfliktes beigetragen, indem sie die bewaffnete Opposition mit unterstützt und aufgerüstet hat.
- Erst kürzlich wurde bei einer Konferenz in Jordanien von hochrangigen Militärs aus den USA, NATO, EU, Katar und Saudi Arabien die Durchführung von „Luftschlägen“ auf Syrien durchgespielt. Teilnehmer an diesem Treffen war auch der deutsche Generalinspekteur der Bundeswehr, Volker Wierer.

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde, erneut werden wir Zeuge, wie wieder ohne UN-Mandat zugeschlagen und die Charta der Vereinten Nationen hinweg gefegt werden soll.

Das alles widerspricht der Lehre, die wir am Antikriegs- und Weltfriedenstag in Erinnerung an die millionenfachen Opfer von Weltkrieg und Faschismus zu ziehen haben:

- NEIN zu den drohenden Militärschlägen gegen Syrien!
- Ende aller deutschen Auslandseinsätze – sofort!
- Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Die aktuelle Entwicklung in Großbritannien macht Mut: Nach einer totalen Abstimmungsniederlage von Premier Cameron im Unterhaus wird sich Großbritannien nicht an einem Militärschlag in Syrien beteiligen. Cameron erklärte, es sei deutlich geworden, das britische Volk sei gegen einen Militärschlag. Es wäre doch toll, wenn wir auch hier überall eine Stimmung hinkriegen könnten, dass die große Kriegskoalition in Berlin nicht mehr schalten und walten kann wie bisher. Es darf keine deutsche Beteiligung an einem Kriegseinsatz gegen Syrien geben!

## Uwe Grund, DGB-Vorsitzender Hamburg, bei der Abschlusskundgebung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Friedensfreunde und Friedensfreundinnen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nur wenige hundert Meter von hier steht das Hamburger Gewerkschaftshaus. Wir haben am 2. Mai durch Veranstaltungen und eine Ausstellung daran erinnert, dass es vor 80 Jahren durch die Nazis überfallen und besetzt wurde. Die führenden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen wurden verhaftet – viele von ihnen in den Jahren danach verfolgt, gejagt, gequält und etliche auch ermordet, darunter gerade solche, die im Widerstand gegen die Nazischergen aktiv waren. Es gehört zu unserer Pflicht, an diesen Teil unserer Geschichte immer wieder neu zu erinnern, darüber zu berichten und den Ereignissen Namen und Gesichter zu geben. Auch deshalb ist unsere Position klar und eindeutig. Für uns gilt: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen oder zu beenden. Das gilt auch für den aktuellen Konflikt in Syrien. Und: Die Bundeswehr soll vollständig aus Afghanistan abgezogen werden!

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

„Nie wieder Krieg“ heißt für uns: Zivile Produktion statt Rüstungsexporte. Unsere Grundsatzposition lautet: Keine Rüstungsgüter in Krisengebiete, keine Exporte in Länder, in denen Menschenrechte verletzt werden. Der DGB ist entschieden dagegen, dass die bisherigen Exportstandards gesenkt oder aufgeweicht werden.

Wir begrüßen das neue Abkommen der Vereinten Nationen zum Waffenhandel, auch wenn wir um seine vielen Schwächen wissen. Die existierenden nationalen oder regionalen Rüstungsexportkontrollen sind lückenhaft. Ein wirksames internationales Abkommen zur Waffenkontrolle muss daher eine nachvollziehbare Prüfung vor der Exportgenehmigung und eine effektive Endverbleibkontrolle vorsehen.

Wir stehen unverändert zur Konversion von militärischer Produktion und militärischem Know-how. Sie müssen in zivile Güter umgewandelt werden. Dieser Prozess ist nicht einfach, und er wird längere Zeit brauchen, doch wir unterstützen ihn mit Nachdruck.

Nie wieder Krieg heißt für uns: Eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen! Den Einsatz von chemischen Waffen lehnen wir strikt ab. Was in Syrien geschehen ist, kann nur als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet werden. Dieses Verbrechen wird nicht dadurch gestöhnt, dass es durch neue Raketen beantwortet und das Leid der betroffenen Bevölkerung damit noch vergrößert wird.

Deshalb heißt für uns „Nie wieder Krieg“, die möglichen Ursachen von Konflikten und Kriegen zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Wir treten für Frieden und sozialen Fortschritt ein. Die ungelöste Krise in Europa kann für beides zur Gefahr werden. Wir bekennen uns zum einzigartigen europäischen Friedensprojekt und auch zum Euro. Doch für eine gute Zukunft Europas braucht es dringend einen Politikwechsel für mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Spaltung wird mit immer neuen Sparorgien immer weiter vertieft! Insbesondere die dramatische Jugendarbeitslosigkeit ist eine schwere Hypothek für Europas Zukunft. Ohne die Jugend hat Europa keine Perspektive! Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm, einen Marshall-Plan für Europa.

„Nie wieder Faschismus“ heißt für uns: Unsere Geschichte verpflichtet uns zum entschiedenen Widerstand gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Nazis haben nirgendwo etwas zu suchen. Deshalb bieten wir ihnen überall die Stirn. Und deshalb wollen wir in Deutschland das Verbot der NPD.

#### Beitrag der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“

*Anmerkung: Weil die Rede frei gehalten wurde, gibt es leider keinen druckbaren Text. Um einen Eindruck von diesem wichtigen Beitrag zu vermitteln, veröffentlichen wir eine inhaltlich weitgehend ähnliche Rede, die bei der Demonstration „Lampedusa in Hamburg – Wir bleiben hier!“ am 12.09.2013 gehalten und von der Gruppe in einer Pressemitteilung veröffentlicht wurde.*

Wir sind sehr dankbar für das Verständnis der Hamburger Bevölkerung und die große Unterstützung, die wir täg-



lich erfahren. Das gibt und in unserer verzweifelten Situation die Kraft immer wieder aufzustehen und für unsere Rechte zu kämpfen. Wir können nicht mehr länger warten, die Situation bedroht unsere Gesundheit und unser Leben. Viele von uns sind krank, da kalte Wetter macht es nur schlimmer. Wir leiden unter der Ungewissheit und der erzwungenen Untätigkeit, es ist psychisch sehr belastend für uns. Wir haben uns entschieden gemeinsam mit unseren Anwälten repräsentative Anträge auf humanitären Aufenthalt zu stellen, damit sich der Senat nicht mehr weiter seiner Verantwortung entziehen kann.

Wir sagen aber ganz klar: Die Anträge stehen exemplarisch für die ganze Gruppe, wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Die Ignoranz und die politischen Spielchen der politisch Verantwortlichen sind lebensgefährlich für uns, das muss endlich ein Ende haben! Wir wurden aus zwei Ländern vertrieben, unser Leben wurde gleich doppelt von der europäischen Politik zerstört. Wir können nicht zurück, wir bleiben hier!

#### Beitrag der kurdischen Bewegung und der türkisch kurdischen Demokratieplattform

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, wir sind heute hier auf der Straße weil wir uns für einen demokratischen Wandel statt militärischer Intervention in Syrien einsetzen wollen. Zum Antikriegstag fordern wir: Demokratischer Wandel statt Eskalation des Krieges.

In Syrien sind inzwischen mehr als 100.000 Menschen im Krieg getötet worden. Bisher war im kurdischen Norden Syriens relative Ruhe. Im Juli letzten Jahres hat die Bevölkerung dort selbst die Kontrolle übernommen. Die Truppen von Assad waren abgezogen. Alle staatlichen Aufgaben werden von der Bevölkerung in Selbstverwaltung übernommen.

Die Kurdinnen und Kurden in Syrien lehnen es ab, sich auf die Seite einer der Bürgerkriegsparteien zu stellen und beanspruchen stattdessen für sich einen „dritten Weg“: Sie fordern ein Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, Glaubensgemeinschaften und Kulturen im Mittleren Osten und insbesondere auch für die Frauen.

Die seit Mitte Juli anhaltende Eskalation der Gewalt hat sich in den letzten Wochen nun auf kurdische Städte und Orte nahe der türkisch-syrischen Grenze ausgeweitet. Islamistische Gruppen verüben Kriegsverbrechen wie Entführungen und Mord an Zivilistinnen und Zivilisten, Bombardierung von Stadtteilen, ethnisch bedingte Vertreibung und Folter. Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten ist weitgehend von der Versorgung abgeschnitten. Es fehlt an Lebensmitteln, Medikamenten und technischen Geräten für die Grundversorgung.

Jetzt sind zehntausende Kurdinnen und Kurden aus Westkurdistan auf der Flucht. Unterstützt und angestachelt zu den Angriffen werden die islamistischen Gruppen vor allem durch die Türkei, die unbedingt eine kurdische Selbstverwaltung in Syrien verhindern will. Zugleich kommt es auch immer wieder zu Angriffen des Assad-Regimes gegen kurdische Siedlungsgebiete in Syrien. Vor allem die kurdischen Stadtteile in Aleppo sind immer wieder Ziel von Luftangriffen des Baath-Regimes.

Wir fordern ein Ende der Angriffe auf die Kurdinnen und Kurden in Syrien. Die Bevölkerung benötigt dringend humanitäre Hilfe. Deswegen fordern wir den Zugang für Hilfsorganisationen durch die Öffnung aller Grenzen zu Westkurdistan und die Bereitstellung von Hilfsleitungen für die Zivilbevölkerung.

Die Kurdinnen und Kurden in Syrien fordern einen demokratischen Wandel im Land. Demokratie kann allerdings nicht durch eine militärische Intervention anderer Länder herbeigeführt werden. Demokratie kann nur durch die Bevölkerung des Landes selbst verwirklicht werden. Statt die Situation in Syrien durch Interventionsdrohungen zur Eskalation zu treiben, sollte sich die internationale Gemeinschaft erneut für eine Friedenskonferenz für Syrien einsetzen und alle Seiten des Konfliktes dazu drängen, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Mit militärischen Interventionen, Bomben und Waffenexporten kann keine Demokratie gebracht werden. Afghanistan, der Irak und Libyen haben das eindrucksvoll bewiesen.

Vielen Dank !

## **Bundesausschuss Friedensratschlag: Syrien-Resolution 2118 (2013) des UN-Sicherheitsrats.**

### **Sieg der Gewaltdrohung oder der Diplomatie? Ein Weg zum Frieden – wenn alle mitmachen**

Wenn der UN-Sicherheitsrat eine Resolution einstimmig verabschiedet, heißt das noch lange nicht, dass sie auch von allen Mitgliedern einstimmig interpretiert wird. Eine Analyse des Textes der Resolution und seiner beiden Anhänge sowie der begleitenden Statements aus den USA, Frankreich, Russland und China - um nur die wichtigsten zu nennen - ergibt denn auch ein sehr widersprüchliches Bild.

Einerseits enthält sich der UN-Sicherheitsrat (UN-SR) jeder Aussage zur Verantwortlichkeit des festgestellten Giftgaseinsatzes vom 21. August 2013. Eine einseitige - vom Westen bevorzugte - Schuldzuweisung an die Adresse der syrischen Regierung findet sich darin genauso wenig wie die - etwa von Russland ins Spiel gebrachte - Überlegung, der Angriff könnte auch auf das Konto der Rebellen gehen. Auf der anderen Seite ist sich der UN-SR darin einig, dass die Verursacher dieses oder weiterer Giftgaseinsätze für die Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden sollen. Dazu muss ein hinreichender Tatverdacht gegen mutmaßliche Täter vorliegen. Somit ist weiterer Streit zwischen den Großmächten programmiert.

Die Resolution wartet mit einer innovativen Interpretation des Völkerrechts auf. Der Einsatz von Chemiewaffen - zweifellos ein schweres Kriegsverbrechen und damit eine "Verletzung des Völkerrechts" - stelle zugleich eine "Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit" dar. Diese Formulierung findet sich in Artikel 39 der UN-Charta. Eine solche Feststellung ist die Voraussetzung dafür, Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta zu ergreifen, von Embargo- und Sanktions- bis hin zu militärischen Maßnahmen (nach Art. 42). Andererseits wird der UN-SR mit Resolution 2118 nicht im Rahmen von Kapitel VII tätig. Die Resolution enthält auch keinerlei Hinweis auf evtl. Zwangsmaßnahmen gegen Syrien.

Einerseits wird die syrischen Regierung verpflichtet, auf die "Anwendung, Entwicklung, Produktion, Beschaffung, Lagerung, Zurückhaltung oder Weitergabe von chemischen Waffen" ein für alle Mal zu verzichten. Andererseits wird allen "Parteien in Syrien" der Gebrauch, die Produktion usw. von Chemiewaffen verboten. Somit ist diesbezüglich Parität hergestellt. Diese Parität wird aber aufgegeben mit der einseitig an die Regierung in Damaskus gerichteten Forderung, sie müsse alle Aspekte der Entscheidung des Exekutivrats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) erfüllen und vollständig mit dem OPCW sowie mit dem UN-SR zusammenarbeiten ("cooperate fully").

Dies könnte von Bedeutung sein in Zusammenhang mit dem Anhang I (Annex I) der Resolution. Dieser Anhang besteht aus einem Beschluss der OPCW vom 27. September 2013, in dem eine Reihe detaillierter Maßnahmen zur Vernichtung des syrischen Chemiewaffenarsenals vorgeschlagen wird. Dieser Beschluss bewegt sich sowohl

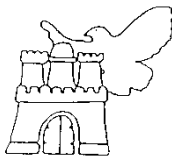
auf der Basis der russisch-amerikanischen Rahmenvereinbarung vom 14. September 2013 als auch auf der Tatsache, dass in der Zwischenzeit die syrische Regierung der Chemiewaffenkonvention beigetreten ist (tritt am 14. Oktober 2013 in Kraft). Die OPCW verlangt von Syrien die Beseitigung aller chemischen Waffen und Ausrüstungen innerhalb "der ersten Hälfte von 2014". Bis zum 1. November 2014 müssen alle Produktionsanlagen und Mischungs- und Befüllungseinrichtungen zerstört werden. - Dieser Zeitraum ist derart eng bemessen, dass es für Syrien schwer sein wird, den Forderungen vollständig und nachweisbar zu entsprechen. Russland und die USA sind seit über 15 Jahren dabei, ihre Chemiewaffenarsenale zu vernichten und sind bis heute noch nicht damit fertig. Jegliche technisch bedingte Verzögerung der Abrüstung könnte den USA und ihren Verbündeten Anlass bieten, Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta zu fordern oder selbst zu ergreifen.

Andererseits bietet Anhang II der Resolution eine solide Grundlage für eine Deeskalation des syrischen Bürgerkriegs (einschließlich der Einmischung von außen). Dieser Anhang enthält das abschließende Kommuniqué der Staaten, die Ende Juni 2012 in Genf einen Friedensplan ausgearbeitet hatten. Dieser sah vor (und sieht demnach weiterhin vor), dass die gegnerischen Parteien in Syrien einen sofortigen Waffenstillstand schließen und in Verhandlungen eintreten sollen. Gefordert wurde außerdem die Bildung einer Übergangsregierung, die aus Vertretern der verfeindeten Parteien gebildet werden müsse. Im Resolutionstext des UN-SR werden "alle syrischen Parteien" aufgefordert, "so bald wie möglich" zu einer Nachfolgekonzferenz in Genf zusammenzukommen.

In den Statements der Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs wurde hervorgehoben, dass die syrische Regierung nur auf Grund der militärischen Drohkulisse des Westens zu den Zugeständnissen in der Chemiewaffenfrage bereit gewesen sei. Dem stehen die Aussagen der Außenminister Chinas und Russlands gegenüber, die das Zustandekommen der UN-Resolution als einen Sieg der Diplomatie bewerten.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag sieht das genauso. Nicht Sanktionen und Waffenlieferungen, nicht Gewaltdrohungen haben Damaskus zum "Einlenken" bewogen. Vielmehr hat eine sehr breite nationale und internationale Opposition gegen den Krieg Obama zur Diplomatie gezwungen. Diese Opposition war zuvor schon in Großbritannien stark genug, den zum Krieg drängenden Ministerpräsidenten im britischen Unterhaus zurückzupfeifen.

Vieles von dem, was nun vereinbart wurde, war schon länger auch auf der Agenda der syrischen Regierung. Sie hatte vor über einem Jahr dem Genfer Kommuniqué zugestimmt, sie hat wiederholt Waffenstillstandsverhandlungen angeboten. Widerstand dagegen hat es regelmäßig von Seiten der Rebellen gegeben. Der Weg zu einem Frieden in Syrien bleibt steinig und stets gefährdet. Es wird von der Stärke der internationalen Zivilgesellschaft und Friedensbewegung abhängen, ob sich die Kräfte der Vernunft und der Gewaltlosigkeit langfristig durchsetzen.



## BUCHVORSTELLUNG :

## TÖTEN PER FERNBEDIENUNG – KAMPFDROHNEN IM WELTWEITEN SCHATTENKRIEG

Herausgeber: Dr. Peter Strutynski, Politikwissenschaftler, Friedensforscher,  
Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

mit Beiträgen von Jürgen Altmann, Norman Paech, Ralf E. Streibl, Franz Sölkner,  
Hans-Arthur Marsiske, Knut Mellenthin, Lühr Henken u.a.



**Donnerstag, den 7. November**  
**19:30 – 21:30 Uhr (Einlass 19:15 Uhr)**

mit Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler  
und ehem. Mitglied des Bundestags, und  
Dr. Hans-Arthur Marsiske, Journalist und  
Historiker

**Ort: Barmbek Basch, Zentrum für Kirche,  
Kultur und Soziales, Wohldorfer Straße 30  
(U-Bahn Dehnhaide)**

*Die bibliographischen Daten: Peter Strutynski (Hrsg.),  
Töten per Fernbedienung: Kampfdrohnen im welt-  
weiten Schattenkrieg, Wien: Promedia, 224 S., br.,  
14,90 €, ISBN 978-3-85371-336-2. (Das Buch kann  
bei der Veranstaltung erworben werden.)*

### Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu den Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter:

**[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)**

V. i. S. d. P.: Dr. Wolfgang Kirstein, Vielohweg 124 b, 22455 Hamburg

Beinahe täglich fliegen unbemannte, schwer bewaffnete Drohnen ihre von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkten Einsätze. Vor Bildschirmen sitzende Krieger in US-amerikanischen Militärbasen, in britischen und demnächst – so plant es das Kriegsministerium – auch deutschen Kasernen töten per Mausclick nach politischen Vorgaben. Im Fadenkreuz dieses für die Täter digitalen und die Opfer tödlichen Vorgangs befinden sich sogenannte Islamisten und andere als „Feinde der demokratischen Ordnung“ ausgemachte Personen.

US-Präsident Barack Obama hat den Einsatz unbemannter, bewaffneter Luftfahrzeuge vorangetrieben. Gezielte Tötungen von „Verdächtigen“ gehören mittlerweile zum täglichen Kriegshandwerk nicht nur der Supermacht USA, sondern auch Großbritanniens und Israels. Die Ermordung von zahlreichen Zivilisten, auch Frauen und Kindern, die zufällig in der Nähe sind, wird dabei bewusst in Kauf genommen. Die Opferbilanz geht in die Tausende. Menschen in Pakistan, Jemen, Afghanistan oder dem Gazastreifen sind direkt betroffen und leiden unter der permanenten Bedrohung durch ferngesteuerte Waffen.



Die Ausrüstung der Streitkräfte mit Kampfdrohnen heizt den Rüstungswettlauf weiter an, denn erstens wollen immer mehr Staaten in den Besitz dieser Killerwaffen gelangen und zweitens wird an technischen Gegenmaßnahmen (Abwehrsysteme, Raketen, neue Ortungsverfahren usw.) gearbeitet, was noch mehr Profit erwarten lässt.

In dem von Peter Strutynski herausgegebenen Band setzen sich Rüstungsexperten, Völkerrechtler und Friedensaktivisten mit der Geschichte dieser Waffentechnik auseinander. Zudem werden die technischen Grundlagen und Unterschiede von Aufklärungs- und Kampfdrohnen behandelt. Die völkerrechtliche und ethisch-moralische Diskussion beschäftigt sich mit der Strategie „gezielter Tötungen“ und stellt damit einen Kernpunkt des Buches dar. In einem abschließenden Kapitel werden internationale Anti-Drohnen-Initiativen vorgestellt.

„Töten per Fernbedienung“ ist ein hoch aktuelles und brisantes Buch, das Hintergrundinformationen zu einer von der Täterseite entmenslichten Form des digitalen Krieges liefert und Anregungen zum Widerstand geben soll.

Das Hamburger Forum wirbt für die Unterzeichnung des Apells „**Keine Kampfdrohnen!**“, der sich gegen die Etablierung der Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung wendet.

Nähere Informationen: ● [www.drohnen-kampagne.de](http://www.drohnen-kampagne.de) ●

Dort können Sie den Appell auch elektronisch unterzeichnen und Unterschriftenlisten herunterladen, um selbst Unterschriften zu sammeln.